Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 87 (2009)

Heft: 1

Artikel: Rückblick auf die Armeeabschaffung : und Ausblick auf ihre Alternativen

Autor: Koller, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-342153

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rückblick auf die Armeeabschaffung – und Ausblick auf ihre Alternativen

Christian Koller

Am Abend des 26. November 1989 jubelten die Verlierer, während es bei den Gewinnern lange Gesichter gab. Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» war zwar wie erwartet und wie die meisten Volksinitiativen gescheitert. Das Resultat war für das bürgerliche und militärische Establishment aber gleichwohl erschütternd. Statt der erwarteten 20 Prozent hatten 1 052 218 Bürgerinnen und Bürger, das heisst 35.6 Prozent der Stimmenden, die Initiative gutgeheissen, die Stände Genf und Jura das Begehren gar angenommen. Die Initiative, gestartet von der 1982 aus Kreisen der Friedensbewegung und der JUSO hervorgegangenen «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA), war lange Zeit belächelt und im Herbst 1986 mit 111 300 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Vorausgegangen waren der Abstimmung, die mit 68.6 Prozent eine ungewöhnlich hohe Zahl von Stimmberechtigten zu mobilisieren vermochte, ein intensiver Abstimmungskampf mit zahlreichen Aktionen, Podien und Stellungnahmen. Friedrich Dürrenmatt etwa bezeichnete eine allfällige Abschaffung der Schweizer Armee als «ungeheuren Akt der Vernunft».

Parallel zum Abstimmungskampf wurde der Mythos von der entscheidenden Rolle der Armee für das Verschontbleiben der Schweiz im Zweiten Weltkrieg letztmals offiziell im grossen Stil aufgewärmt. Obgleich seit den 70er Jahren Journalisten und Historiker diesen Mythos in Frage gestellt und auf die wirtschaftliche Kollaboration der Eidgenossenschaft mit den Achsenmächten hingewiesen hatten, blieb das «offizielle» Geschichtsbild davon bis über das Ende des Kalten Krieges hinaus unberührt und wurde erst in den 90er Jahren, nachdem erheblicher Druck von aussen eine intensive Debatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatte, schrittweise modifiziert. Im Jahre 1989 gedachte die offizielle Schweiz aber mit den von Armeegegnern als Propagandaveranstaltungen kritisierten «Diamant»-Feierlichkeiten des 50. Jahrestages der Generalmobilmachung von 1939 noch ganz im traditionellen Sinne. Mittels Wanderausstellung, Veteranentagungen, Gedenkfeiern und «Tagen der offenen Tür» in Schulen, Betrieben und Armee sollte an eine Zeit der existenziellen Bedrohung, des angeblichen nationalen Zusammenhalts und an den intakten Willen zur wehrhaften Selbstbehauptung erinnert werden.

Das unerwartet gute Abschneiden der Armeeabschaffungsinitiative hatte mehrere Gründe. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989, also weniger als drei Wochen vor dem Abstimmungstermin, war die Berliner Mauer gefallen. Der Kalte Krieg war damit definitiv beendet. Hatte etwa der ETH-Strategieexperte

Albert A. Stahel in einem kurz vor dem Mauerfall erschienenen Buch noch gewarnt, Gorbatschows Reform- und Abrüstungspolitik sei eine von altchinesischen Denkern abgekupferte Einlullungsstrategie, um «den Westen» zu schwächen und dann zu überrollen, so mussten sich nun auch die kältesten Krieger von lieb gewordenen Denkmustern und Feindbildern verabschieden. Die Abstimmung über die Armeeabschaffung kam damit für die GSoA zum günstigsten Moment: Der Ost-West-Konflikt war weg, während die Konturen kriegerischer Konflikte der auf den Kalten Krieg folgenden Ära noch wenig sichtbar waren. Das Konzept einer infanteristischen Massenverteidigungsarmee – mit oder ohne eigene Atomwaffen, von denen die Armeespitze während des Kalten Krieges eine Zeit lang geträumt hatte – erschien kaum mehr zeitgemäss.

Die Abstimmung über die Armeeabschaffung kam für die GSoA zum günstigsten Moment.

In einem weiteren Sinne erschien es vielen auch angezeigt, ein Zeichen gegen die Kalte-Krieg-Mentalität zu setzen, die gut vier Jahrzehnte zuvor ziemlich nahtlos aus der Geistigen Landesverteidigung der Kriegszeit hervorgegangen war, so bunte Blüten wie etwa das 1969 an alle Schweizer Haushalte verteilte Zivilverteidigungsbüchlein getrieben hatte und in deren Kontinuität sich die Landesregierung mit den «Diamant»-Feierlichkeiten bewusst stellte. In den wenigen Tagen zwischen dem Fall der Mauer und der Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative war der Bericht der PUK EJPD veröffentlicht worden, der neben Hintergründigem zur Affäre Kopp auch die Bespitzelungsaktivitäten der Bundespolizei im Zeichen des Kalten Krieges aufdeckte und damit den Fichenskandal ins Rollen brachte.

Zahlreiche männliche Stimmbürger nutzten die Gelegenheit auch, um sich für jahre- oder gar jahrzehntelangen Dienst fürs Vaterland zu revanchieren, für Schikanen und Leerläufe in Rekrutenschule, erzwungenen Beförderungsdiensten, Wiederholungs-, Ergänzungs- und Landsturmkursen, Inspektionen, Obligatorischem und Zivilschutz, vom 20. Lebensjahr bis fast zur Pensionierung. Gemäss Nachbefragungen stimmte eine grosse Mehrheit der aktiven Armeeangehörigen der GSoA-Initiative zu. Hinzu kamen in den beiden befürwortenden Ständen noch kantonale Besonderheiten: In Genf (50.4 Prozent Ja-Stimmen) erinnerte man sich immer noch des Massakers von 1932, als militärische Ordnungstruppen in eine antifaschistische Demonstration gefeuert, 13 Personen getötet und über 60 verletzt hatten (vgl. RR 84/4, 2007). Im gerade mal zehn Jahre alten Kanton Jura (55.5 Prozent Ja-Stimmen) war die Armee seit langem ein Feindbild der Separatisten, die etwa 1964 eine Gedenkveranstaltung für die Mobilmachungen von 1914 und 1939 gestört, Ende der 60er Jahre mit kollektiven Dienstverweigerungen für ihr Anliegen gekämpft und 1984 und 1989 den als «Le Fritz» diffamierten granitenen Wachtsoldaten in Le Rangier beschädigt hatten, der an die Grenzbesetzung im Ersten Weltkrieg erinnerte.

War die Lancierung und Einreichung der Armeeabschaffungsinitiative, wie schon seinerzeit vermerkt wurde, ein Tabubruch, so widerspiegelte ihr unerwartet gutes Abschneiden zugleich einen epochalen weltpolitischen Umbruch, dem sich nicht einmal die schweizerische Mentalität verschliessen konnte. In Bezug auf die Sicherheitspolitik verdeutlichte dies wohl am eindrücklichsten der Stimmungs-

wandel in «classe politique» wie auch StimmbürgerInnenschaft in der Frage der Dienstverweigerung. Bis in die 80er Jahre hinein waren Verweigerer nicht nur kriminalisiert worden, sondern sahen sich auch dem Vorwurf des Landesverrats ausgesetzt und hatten mit Berufsverboten zu rechnen. Nach 1989 überboten sich verschiedene politische und gesellschaftliche Kräfte dann plötzlich mit Lösungsvorschlägen und wandelte sich die Meinung der Stimmberechtigten komplett. War 1984 eine Volksinitiative für die Einführung eines Zivildienstes noch mit 63.8 Prozent Nein-Stimmen verworfen worden, so hiessen 1992 82.5 Prozent der Stimmenden einen aus einem Vorstoss von Helmut Hubacher hervorgegangenen neuen Verfassungsartikel gut, der einen «zivilen Ersatzdienst» brachte.
Auch die Armeereformen der 90er Jahre, die einen schrittweisen Abschied vom Konzept einer hauptsächlich infanteristischen Massenarmee brachten, waren ein allerdings zaghafter Ausdruck dieses Umbruchs. Mit der Armeereform 95 wurde der Mannschaftsbestand der Schweizer Armee von 650 000 auf 400 000 Mann reduziert und das Ende der Dienstpflicht vom 50. auf das 40. Lebensjahr gesenkt. Nur wenige Jahre darauf folgte die Armeereform XXI, die den Mannschaftsbestand auf 140 000 aktive Soldaten und 80 000 Reservisten senkte und als Alterslimite der Dienstpflicht das 30. Lebensjahr festsetzte.

Nach dem Achtungserfolg vom November 1989 hatten es indessen armeekritische Vorstösse weiterhin schwer. Die zweite von der GSoA lancierte Volksinitiative liess sich zwar zunächst gut, je nach Sichtweise gar sensationell an. Als im Februar 1992 der Ständerat der Beschaffung von 34 F/A-18-Kampfflugzeugen zustimmte, sammelte die GSoA innert Monatsfrist 503 719 Unterschriften für die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge». Nach einer heissen Diskussion, in welcher das Volksbegehren als Armeeabschaffung in Raten bekämpft wurde, und einem STOP-F/A-18-Festival mit über 30 000 Teilnehmenden auf dem Bundesplatz, lehnten indessen am 6. Juni 1993 57.1 Prozent der Stimmenden das Begehren ab. Ob die laufende Initiative gegen neue Kampfflugzeuge in der Volksabstimmung dereinst mehr Anklang finden wird, muss bezweifelt werden.

Nach dem Achtungserfolg vom November 1989 hatten es indessen armeekritische Vorstösse weiterhin schwer.

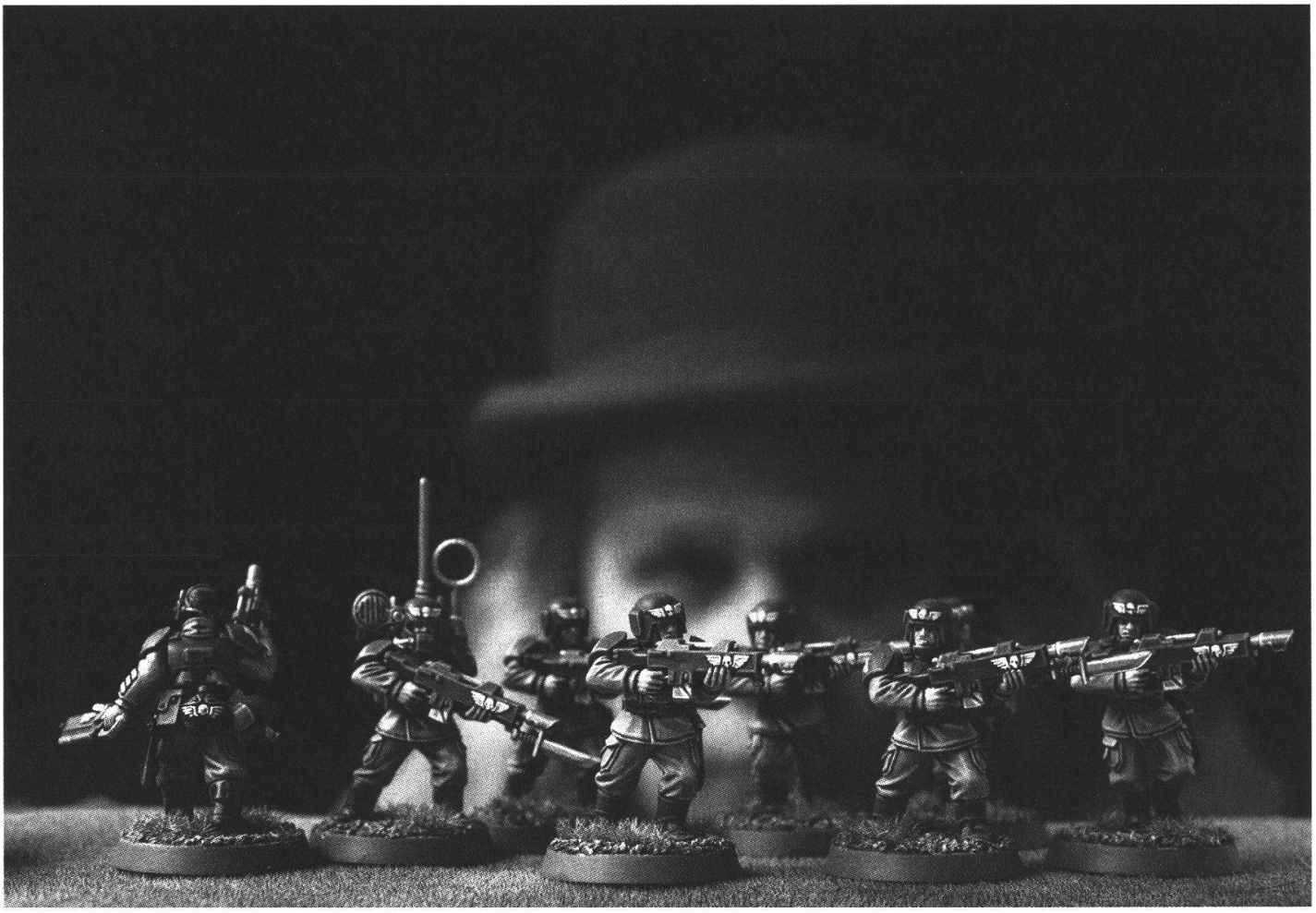
Am gleichen Abstimmungswochenende wie die Anti-F/A-18-Vorlage scheiterte auch die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» mit 55.3 Prozent Nein-Stimmen. Am 26. November 2000 lehnten 62.4 Prozent der Stimmenden die SP-Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» ab, die eine Halbierung der Militärausgaben forderte. Am 2. Dezember 2001 schliesslich erreichte die im Herbst 1999 eingereichte zweite Armeeabschaffungsinitiative lediglich 21.9 Prozent Ja-Stimmen und wurde von allen Ständen verworfen. Nicht viel besser schnitt die mit ihr zusammen von der GSoA lancierte Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» ab, die auf 23.2 Prozent Zustimmung stiess. Neben der im Vergleich zum November 1989 gewandelten weltpolitischen Situation – knapp drei Monate vor dem Abstimmungstermin hatten die

9/11-Terroranschläge stattgefunden – , bewahrheitete sich dabei vor allem die Weisheit, dass man ein Tabu nicht zweimal brechen kann.
Es stellt sich deshalb die Frage nach den Perspektiven einer pazifistischen und armeekritischen Linken. Offensichtlich ist die Welt in den letzten 20 Jahren komplexer geworden, wenn auch die meisten aktuellen und zukünftigen Probleme sich schon damals abgezeichnet hatten, von der Erleichterung über das Abklingen des Ost-West-Konflikts und der Gefahr eines nuklearen Dritten Weltkrieges aber überdeckt wurden. «Klassische» Kriege zwischen Nationalstaaten oder Allianzen verbündeter Länder haben in ihrer Bedeutung gegenüber Bürgerkriegen, «asymmetrischen» Kriegen zwischen waffentechnisch und strategisch stark verschiedenen Konfliktparteien und gewaltsamen Konflikten unter Beteiligung von irregulären Kämpfern aller Art weiter abgenommen. Die Entwicklung der Medien hat die Berichterstattung über kriegerische Konflikte revolutioniert, zugleich aber neue Möglichkeiten propagandistischer Manipulation geschaffen.

Zukünftige Konflikte werden sich absehbar noch vermehrt um die Kontrolle natürlicher Ressourcen drehen und mit neuen Rüstungswettläufen verbunden sein.

Zukünftige Konflikte werden sich absehbar noch vermehrt um die Kontrolle natürlicher Ressourcen drehen und mit neuen Rüstungswettläufen verbunden sein. Dabei werden im Unterschied zur Ära des Kalten Krieges die Beziehungen unterschiedlicher Machtgebilde flexibler sein, Demokratien, Diktaturen und halbautoritäre Systeme mit unterschiedlich akzentuierten Verhältnissen zwischen Staats- und Privatkapitalismus friedlich und weniger friedlich miteinander wetteifern. Der vom kürzlich verstorbenen Harvard-Politologen Samuel Huntington in den 90er Jahren beschworene «Kampf der Kulturen» dürfte dabei von den unterschiedlichsten Kräften als Legitimationsideologie zur Verschleierung materieller und machtstrategischer Interessen benutzt werden und droht als sich selbst erfüllende Prophezeiung Eigendynamik zu entfalten.
Dass in dieser Situation ein Coup wie die erste Armeeabschaffungsinitiative schwerlich noch zu landen sein wird, liegt auf der Hand. Die Abschaffung der Schweizer Armee – was auch immer darunter gegenwärtig zu verstehen wäre – erscheint heute im Unterschied zu den 80er Jahren weniger als eine Utopie, sondern eher als eine von verschiedenen denkbaren, aber keine Chancen auf Realisierung besitzende Reformvariante – und ist deshalb als Inhalt eines Initiativprojekts auch in pazifistischen Kreisen kaum noch attraktiv. Bereits seit geraumer Zeit hat sich etwa die GSoA folgerichtig von ihrer Fixierung auf die Schweizer Armee teilweise gelöst und einerseits eine Vielzahl von Unterstützungsveranstaltungen für Friedensbewegungen in Konfliktregionen und Protestaktionen gegen kriegerische Interventionen veranstaltet, andererseits den Kampf gegen schweizerische Kriegsmaterialexporte verstärkt. Die im September 2007 eingereichte Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» dürfte es indessen schwierig haben, das Resultat ihrer Vorgängerin zu übertreffen, die im Juni 1997 mit 77.5 Prozent Nein-Stimmen bachab geschickt wurde.
Zukünftig steht die pazifistische Linke der Schweiz vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen etwa vor den folgenden Herausforderungen:

1. Stärkere Vernetzung mit Organisationen und Projekten, die sich mit der globalen Umwelt- und Armutsproblematik und einer demokratischeren, egalitäreren und gewaltfreieren Gestaltung der Weltwirtschaft befassen, ohne dabei das spezifisch pazifistische Profil zu verlieren.
2. Verstärktes Engagement gegen kulturrassistische, fundamentalreligiöse und nationalistische Denkmuster, die zur Legitimation von organisierter Gewaltanwendung geeignet sind, und Betonung von Internationalismus und Transkulturalität als wesentliche pazifistische Werte.
3. Klärung der Stellung zur schweizerischen Aussenpolitik jenseits der Aussenhandelspolitik: Inwiefern ist der Neutralitätsbegriff trotz seines innenpolitischen Missbrauchs als isolationistischer Fetisch durch Rechtsaussenkräfte ein pazifistischer Wert beziehungsweise wie sähe eine friedensfördernde Bündnisfreiheit aus? Wie steht es mit der Beteiligung von Schweizer Soldaten bei friedensunterstützenden Aktionen im Ausland: Absolutes Nein (wie die GSoA in unheiliger Allianz mit der SVP), ja, aber nur mit Uno-Mandat (wie die entsprechenden SP-Positionspapiere) oder gar ja ohne Uno-Mandat im Verbund mit anderen Demokratien bei akuter Gefahr massiver Menschenrechtsverletzungen (wie NR Andreas Gross im WoZ-Interview vom 6.11.2008)?
4. Klärung der Stellung zu supra- und internationalen Organisationen: Was folgt auf das «kritische Ja», das die GSoA und andere Organisationen im Jahr 2002 bei der Abstimmung über die Uno-Beitrittsinitiative propagierten? Wie hätte eine pazifistisch geprägte Europapolitik der Schweiz konkret auszusehen?
5. Klärung der Reaktionen auf konkrete kriegerische Konflikte: Kann man gegen einen Krieg demonstrieren, ohne inhaltlich zu dem Konflikt und seinen Ursachen Stellung zu nehmen? Birgt aber eine inhaltliche Stellungnahme nicht die Gefahr der Parteinahme für eine Konfliktpartei und damit tendenziell der Legitimierung von Gewaltanwendung in sich? Und wie grenzt man sich bei Antikriegsprotesten wirkungsvoll gegen Kräfte ab, die in Wirklichkeit ihre Sympathie für die eine und/oder ihre Antipathie gegen die andere Kriegspartei bekunden wollen?

Inwiefern und wann aus diesen Herausforderungen ein zugkräftiges pazifistisches Initiativprojekt hervorgehen wird, ist im Moment noch nicht abzusehen.

Christian Koller, Jg. 1971, ist Senior Lecturer in Modern History an der Bangor University (Wales) und forscht u. a. zur Militär-, Arbeiter-, Rassismus- und Sportgeschichte.